

**Stellungnahme zum Schlussbericht „Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft. Entwicklung eines Finanzierungsmodells auf der Basis von Musterschulen“ vom 18.9.2012**

(Abgeordnetenhaus Berlin, Hauptausschuss, Rote Nummer 0104 D)

Die Arbeitsgemeinschaft Schulen in freier Trägerschaft Berlin (AGFS Berlin) hat den Auftrag des Parlaments sehr begrüßt, freie Schulen an der Entwicklung einer neuen Finanzierungssystematik auf Vollkostenbasis zu beteiligen.

Die Forderung der AGFS Berlin war stets Transparenz und Verlässlichkeit.

Die Kriterien des Parlamentsauftrages sind:

- Transparenz und Differenzierung
- Einhaltung des Rahmens der Finanzplanung
- Vorbereitung einer Vereinbarung mit den Freien Schulen

In der Arbeitsgruppe sind bislang ausschließlich die AUSGABEN einer staatlichen Musterschule umfänglich zusammengetragen worden, wie sie in Haushaltstiteln verschiedener Bezirke abgelesen werden können. Diese stellen einen Teil für eine zukünftige Zuschussgrundlage dar.

Weil hier jedoch entscheidende, reale und kalkulatorische KOSTEN für den Betrieb einer öffentlichen Schule wie beispielsweise Altersversorgung, Schulverwaltung, Sonderprogramme, Immobilienkosten und Overheadkosten fehlen, kann der vermeintliche Schüler-Kosten-Satz Musterschule für jede bisher vorliegende Schulform nicht als Basis für eine Zuschussgrundlage dienen. Diese Feststellung wird untermauert durch die Tatsache, dass der bisherige Zuschuss für freie Schulen 93 % der Personalkosten einer vergleichbaren staatlichen Schule beträgt, die nun aufgeführten vollständigen Personal- und Sachkosten einer staatlichen Musterschule aber nur um 2 bis 15 % über dem bisherigen Zuschuss für die freien Schulen liegen sollen.

Die wirklichen KOSTEN für eine staatliche Musterschule sind letztlich nach der Überzeugung aller in der Arbeitsgruppe Beteiligten nur auf dem Wege der Verständigung durch Würdigung aller vorliegenden Daten zu erreichen. Die AGFS Berlin ist davon überzeugt, dass ein neues Kostenmodell nur auf dem Wege einer Vereinbarung zwischen freien Schulträgern und Senatsverwaltung verlässlich ist. Dieses Modell eines „Kostenblattes“ wurde im Bereich Kita und Hort erfolgreich entwickelt und erprobt.

Nachdrücklich erinnern wir in diesem Zusammenhang nochmals an den Auftrag des Hauptausschusses vom 13.04.2011, wonach der Senat gebeten wurde, im Benehmen mit den Vertretern der Schulen in freier Trägerschaft ein Finanzierungsmodell zu entwickeln und darüber eine Vereinbarung mit den Vertretern der freien Schulen anzustreben.

Der Senat erfüllt diesen Beschluss nicht und formuliert auf Seite 8: „Eine Verständigung mit den freien Trägern im Sinne einer verhandelbaren Zuschusshöhe ist nicht geboten.“

Zusammenfassend erklärt die AGFS Berlin:

- Wir begrüßen, dass die Senatsschulverwaltung von ihrer ursprünglichen Position abgerückt ist, eine andere Finanzierungssystematik für freie Schulen sei nicht möglich.
- Wir sind der Meinung, dass ein transparentes und verlässliches Finanzierungssystem auf der Basis eines Schülerkostensatzes an einer Musterschule möglich ist.
- Wir sind der Überzeugung, dass realistische Kosten einer Musterschule nur auf der Grundlage von gemeinsamen Kostenschätzungen zu ermitteln sind.
- Wir bedauern, dass sich die Senatsschulverwaltung bei der Bearbeitung des neuerlichen Senatsauftrags nicht in der Lage gesehen hat, dies gemeinsam mit den Vertreter/-innen der freien Schulen zu bewerkstelligen.
- Wir bedauern, dass die im vorherigen Bericht der „AG Musterschule“ an das Parlament formulierten offenen Punkte nicht weiter bearbeitet wurden und ein abschließender Bericht an das Parlament keine Abstimmung mit allen Beteiligten der AG Musterschule fand.
- Wir fordern das Parlament auf, die Entwicklung eines auf einer Vollkostenberechnung beruhenden und gemeinsam mit den Vertreter/-innen der freien Schulen entwickelten Finanzierungsmodells weiter voranzutreiben.

Wir sind gern bereit, uns in diesen Prozess weiterhin aktiv einzubringen.

Berlin, 26. September 2012

Die Arbeitsgemeinschaft Schulen in freier Trägerschaft Berlin (AGFS Berlin):

- Dr. Detlef Hardorp, Landesarbeitsgemeinschaft der Waldorfschulen in Berlin-Brandenburg
- Martin Hoyer, Der Paritätische Berlin
- Roland Kern, Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden e.V.
- Frank Olie, Schulstiftung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
- Hans-Peter Richter, Erzbischöfliches Ordinariat
- Andreas Wegener, VDP Berlin/Brandenburg
- Pater Tobias Zimmermann SJ, Canisius-Kolleg